

Antrag

der Abgeordneten **Markus Rinderspacher, Helga Schmitt-Bussinger, Inge Aures, Reinhold Perlak, Harald Schneider, Ludwig Wörner, Natascha Kohnen, Kathrin Sonnenholzner, Sabine Dittmar, Dr. Linus Förster, Maria Noichl, Hans-Ulrich Pfaffmann, Stefan Schuster, Harald Güller, Volkmar Halbleib, Franz Maget, Dr. Thomas Beyer, Annette Karl, Bernhard Roos und Fraktion (SPD)**

Trinkwasser vor der Privatisierung schützen – den Worten müssen Taten folgen

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass die Bundesregierung eine klare Haltung gegen die EU-Konzessionsrichtlinie einnimmt und die Festlegung des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie, sich für die Richtlinie – die zu einer schleichenden Privatisierung des Trinkwassers führen könnte – einzusetzen, schnellstmöglich revidiert wird.

Begründung:

Der derzeitige Vorschlag der EU-Konzessionsrichtlinie birgt die Gefahr der Privatisierung der Wasserversorgung auch für Bayern. Im EU-Parlament sprechen sich Abgeordnete von CDU, SPD und Grünen gegen die Entwürfe der Richtlinie aus. Sie werden jedoch nicht von der Bundesregierung im Ministerrat unterstützt. Während sich die CDU in einem Parteitagsbeschluss gegen die Zustimmung zur Richtlinie ausspricht, werden die Vorschläge der Kommission vom FDP-geführten Bundeswirtschaftsministerium begrüßt, da diese einen verbesserten Zugang zu den Konzessionsmärkten und mehr Rechtssicherheit zur Folge hätten. Offensichtlich gibt es im bayerischen Wirtschaftsministerium ähnliche Überlegungen, da die Trinkwasserversorgung aus dem Landesentwicklungsprogramm gestrichen wurde.

Zum Wohle Bayerns und seiner Trinkwasserversorgung wird die Staatsregierung aufgefordert, sich für einen klaren Kurs gegen die EU-Konzessionsrichtlinie von Bundesregierung und Ministerrat einzusetzen.